



Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung

3. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

25. Oktober 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.40 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

TOP 1 siehe APr 13/90

2 Aktuelle Viertelstunde:

**"Die Anwendung und Produktion von organischen Zinnverbindungen muss
verboten werden"**

1

StS'in Friedrich (MUNLV) berichtet.

*) öffentlicher Teil siehe APr 13/90

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/150

Vorlagen 13/68 und 13/80

7

Der Änderungsantrag der F.D.P. - siehe auch Vorlage 13/0144 - zum Einzelplan 10 wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Der Ausschuss **stimmt** den in seiner Zuständigkeit liegenden Kapiteln des **Einzelplans 10** mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **zu**.

4 Auswirkungen und Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Vorlage 13/100

in Verbindung damit

Entwurf einer Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung - TrinkwV 2000) des Bundesministers für Gesundheit

9

Mit Vorlage 13/181 liegt ein Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit vor.

StS'in Friedrich beantwortet Fragen.

5 Kies- und Quarzsand-Abbauvorhaben im Naturpark Kottenforst-Ville 11

Mit Vorlage 13/124 wird ein Bericht des Wirtschaftsministers gegeben.

Der Ausschuss wird den Petitionsausschuss bitten, den Fraktionen die Unterlagen nach Abschluss des Petitionsverfahrens zur Verfügung zu stellen.

6 Aktuelle Situation im Bereich der ehemaligen Munitionsfabrik Espagit in Hallschlag

Vorlage 13/102

12

StS'in Friedrich beantwortet Fragen zum vorliegenden Bericht von Ministerin Bärbel Höhn.

7 Klärschlamm Entsorgung auf dem Prüfstand - Bewertung des Kommentars des Eildienstes, Heft 14 vom 27. Juli 2000

15

Der Bericht von Ministerin Bärbel Höhn liegt mit Vorlage 13/177 vor.

StS'in Friedrich beantwortet Fragen.

Nächste Sitzung: 22. November 2000

Bisher habe die Firma im Rahmen des "Initiativprogramms zur ökologischen und nachhaltigen Wasserwirtschaft NRW" keine Mittel beantragt. Der Firma stehe es frei, diese Möglichkeit zu nutzen oder nicht.

Dem Staatlichen Umweltamt liege ein Zeitplan für ein Konzept zu den Anforderungen an die Abwassereinleitung vor, der zunächst einmal auf seine Machbarkeit überprüft werden müsse. Deshalb könne sie im Moment noch nichts dazu sagen. Man habe gebeten, innerhalb eines Monats zu berichten.

Nach allen ihr vorliegenden Erkenntnissen befinde man sich hinsichtlich der gesundheitlichen Situation nicht im Gefahrenbereich. Sie halte es allerdings für richtig, vorsorgend tätig zu sein. Seit Jahren werde dies versucht.

Bei krebserregenden Stoffen wie TBT, die dem Minimierungsgebot unterlägen, gebe es nie einen Grenzwert. Juristisch sei aber auch der genannte Zielwert relativ unverbindlich, weil dieser Stoff selten produziert werde. Aus diesem Grunde sei dieser Stoff bisher rechtlich kaum geregelt. Sie hoffe, dass man mit der dritten Anlage zur Wasserrahmenrichtlinie bessere juristische Mittel zur Verfügung habe.

Im Übrigen habe man nicht erst jetzt an diesem Thema zu arbeiten begonnen. Die Tatsache, dass die LAWA einen Zielwert für diesen Stoff erarbeitet habe, basiere wesentlich auf die Arbeit der nordrhein-westfälischen Fachbeamten. Das gelte auch für die gemeinsame Arbeit mit der Firma.

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/150

Vorlagen 13/68 und 13/80

Vorsitzender Klaus Strehl teilt mit, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung vom Plenum in seiner Sitzung am 7. September 2000 an die Fachausschüsse überwiesen worden sei. Eine Verabschiedung des Gesetzentwurfs sei für die Plenarsitzungen vom 8. bis 10. November 2000 vorgesehen. Der Haushalts- und Finanzausschuss werde sich in seiner Sitzung am 2. November 2000 mit der Materie befassen und den Nachtragshaushalt abschließend beraten. Daher müsse der Umweltausschuss heute sein Votum zum Nachtragshaushalt abgeben. Schriftliche Änderungsanträge lägen ihm bisher nicht vor.

Holger Ellerbrock (F.D.P.) stellt den Antrag, in Kapitel 10 050 Titel 671 00 - Erstattung der Lizenzentgelte nach dem Landesabfallgesetz - den Ansatz von 21,5 Millionen DM um 30 Millionen DM zu erhöhen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) fragt nach dem Deckungsvorschlag. - **Holger Ellerbrock (F.D.P.)** erläutert: Wenn die Landesregierung etwas nicht Rechtmäßiges tue, müsse sie selbst für eine Deckung sorgen. Die Haltung der F.D.P. zu diesem Punkt habe er in der letzten Sitzung - s. APr 13/58 - ausführlich begründet.

Volkmar Klein (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die CDU in diesem Ausschuss bereits dargelegt habe, sie sehe bei den Lizenzentgelten und der Umweltstiftung - vorbehaltlich eventuell noch schriftlich zu stellender Anträge - die größten Probleme. Insbesondere zur Umweltstiftung seien die Erläuterungen der Ministerin für eine Zustimmung nicht ausreichend gewesen.

MR Kayser (MUNLV) führt aus, dass das Kabinett beschlossen habe, die Entwicklung der zweckgebundenen Einnahmen aus der Oddset-Wette in diesem Haushaltsjahr abzuwarten, um im Rahmen der Ergänzungsvorlage 2001 über ihre Aufteilung zu entscheiden.

Volkmar Klein (CDU) ergänzt, dass es in diesem Ausschuss das Anliegen der CDU sei, Näheres darüber zu erfahren, wie die Stiftungsarbeit mit den vorgesehenen 10 Millionen DM anlaufen solle, da nur die Zinsen, grob geschätzt ca. 300.000 DM, und die Oddset-Wetteinnahmen ausgegeben werden könnten. Die CDU befürchte, dass nun ein großer Verwaltungsapparat aufgebaut werde, sodass für die Stiftungsarbeit wenig übrigbleibe. Deshalb denke sie darüber nach, ob es als Alternative zur Stiftung nicht sinnvoller sei, die Oddset-Gelder durch Beschluss des Landtags direkt in den Haushalt einzustellen. Auch dies entspreche der zweckgebundenen Verwendung der Wetteinnahmen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) zeigt sich erstaunt über die Haltung der CDU, die auf Bundesebene eine andere Position zu Stiftungen vertrete. Das Stiftungswesen in Nordrhein-Westfalen müsse ausgeweitet werden, nicht nur um die Einnahmen aus der Oddset-Wette einzusetzen, sondern auch um privates Kapital für öffentliche Zwecke zu mobilisieren. Aus diesem Grunde seien auf Bundesebene die steuerlichen Möglichkeiten bei der Beteiligung an Stiftungen verbessert worden.

Die Arbeit der Stiftung gehe gut voran. Das im Nachtragshaushalt vorgesehene Stiftungskapital halte er zwar für etwas zu wenig, aber es sei ein Anfang.

Volkmar Klein (CDU) stellt klar, dass die CDU dem Stiftungsinstrument positiv gegenüberstehe. Er wundere sich lediglich, wenn die Arbeit der Stiftung so gut vorangehe, dass der Ausschuss so wenig Informationen erhalte.

StS'in Friedrich führt aus, dass sie in der letzten Sitzung leider nicht anwesend gewesen sei, aber die Ministerin habe sicherlich dargestellt, dass der Satzungsentwurf fertig sei und zurzeit mit Fachleuten beraten werde. Im Augenblick stehe man mit zwei Städten in Verhandlungen, die das Angebot unterbreitet hätten, etwa Büro und Infrastruktur zum Nulltarif zur Verfügung zu stellen.

Holger Ellerbrock (F.D.P.) zeigt sich erfreut darüber, dass das Instrument "Stiftung" von allen Parteien positiv gesehen werde. Allerdings sei auch er der Meinung, dass man bei diesem Thema im Nebel stochere. Deshalb kündige er an, dass die F.D.P. dies in der Haushaltsdebatte aufgreifen werde, wenn man nicht mehr erfahre. - **StS'in Friedrich** verweist darauf, dass man versuche, die festen Kosten so gering wie möglich zu halten. Erst wenn die Finanzierung stehe, könne man sich äußern. Der Landesregierung müsse die Möglichkeit gegeben werden, zum Beispiel über kostenlose Infrastruktur zu verhandeln.

Hans Peter Lindlar (CDU) bekräftigt, dass die CDU der Umweltstiftung zugestimmt habe und allgemein dem Stiftungsinstrument zugetan sei. Solange aber noch nicht klar sei, wohin die Fahrt gehe, könne sie diesem Punkt nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis siehe **Beschlussprotokoll**.

4 Auswirkungen und Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Vorlage 13/100

in Verbindung damit

Entwurf einer Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung - TrinkwV 2000) des Bundesministers für Gesundheit

Vorsitzender Klaus Strehl verweist auf Vorlage 13/181, den Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, der für die heutige Sitzung erbeten worden sei. Er enthalte den Hinweis, dass die Ressortzuständigkeit mittlerweile auf die Umweltministerin übertragen worden sei.